

Was 2024 geschah

Sie möchten Landeskunde Deutschland 2023 benutzen? Hier haben wir wichtige Ereignisse und Entwicklungen des Jahres 2024 zusammengestellt. Mit diesem Aktualitäten-Service finden Sie den Anschluss zu 2025.

Geografie, Bevölkerung, Migration

Seite 7 und 12: Das „Grüne Band“

Das „Grüne Band“ zieht sich über 1393 Kilometer entlang des ehemaligen Grenzstreifens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. In vierzig Jahren der Teilung ist der Streifen zu einem Biotop geworden mit seltenen Tier- und Pflanzenarten.

In Deutschland gibt es 54 eingetragene Welterbestätten (2024). Im Jahr 2024 wurde das „Grüne Band“ als Welterbestätte aufgenommen. In der Liste der deutschen Welterbestätten sind 2024 neu hinzugekommen: die Schlosskapelle Torgau, das „Grüne Band“, der Olympiapark München, das Pretziener Wehr, die Fundstätte der Schöninger Speere, der Fernsehturm Stuttgart, die Waldsiedlung Zehlendorf (Berlin).

Im Januar 2025 beschloss nun die Kultusministerkonferenz, das „Grüne Band“ dem UNESCO-Welterbezentrum in Paris als Weltnaturerbe vorzuschlagen. Der Bund Naturschutz wird sich darüber hinaus für die spätere Umwandlung als gemischte Stätte des Natur- und Kulturbereichs einsetzen, da das Band sowohl längster Biotopverbund Europas ist als auch ein Gebiet von besonderem geschichtlichen und kulturellen Wert.

Anmerkung: Die UNESCO ist die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Sie hat sich dem Erhalt des Kultur- und Naturerbes der Menschheit verpflichtet.

Weltweit sind seit 1978 mehr als tausend Natur- und Kulturerbestätten aufgenommen worden. Sie stehen wegen ihres außergewöhnlichen universellen Werts für die Menschheit unter besonderem Schutz. Deren Erhalt muss nachhaltig gesichert werden.

Seite 7 und 21: NETZWERK Unternehmen integrieren Flüchtlinge

Das NETZWERK unterstützt Tausende von Betrieben aller Größen, Branchen und Regionen bei der Arbeitsmarkt-Integration von Geflüchteten. Das Angebot umfasst Veranstaltungen, Webinare, Erfahrungsaustausch und Kooperation.

Seite 18: Ausländische Bevölkerung in Deutschland Ende 2023 (Zahlen der Bundeszentrale für politische Bildung)

Gesamtbevölkerung: 83,9 Mio.

ohne Migrationshintergrund:	59,0 Mio.
mit Migrationshintergrund:	24,9 Mio. (29,7 %)
Ausländer	12,5 Mio. (14,9 %)
Deutsche	12,4 Mio. (14,8 %)

Mitte 2024 trat die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts in Kraft. Es erlaubt die doppelte Staatsbürgerschaft, d.h. Ausländer müssen ihre bisherige Staatsbürgerschaft nicht mehr aufgeben, wenn sie Einbürgerung beantragen. Das ist auch deshalb wichtig, da verschiedene Länder ihre Bürger nicht aus der Staatsbürgerschaft entlassen. Dazu gehören Afghanistan, Algerien, Eritrea, Iran usw.

Seite 19: Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)

Am 14. Mai 2024 ist die europäische Asylreform in Kraft getreten. Die Umsetzung in deutsches Recht wurde Ende 2024 beschlossen. Es besteht eine Umsetzungsfrist von 24 Monaten.

1. Asylsuchende müssen in Zukunft an den EU-Außengrenzen kontrolliert und registriert werden. Es soll einheitliche Standards für Registrierungen und Zuständigkeiten geben und eine schnellere Prüfung von Asylanträgen.
2. Rückführungen abgelehnter Asylsuchender sollen beschleunigt werden.
3. Um das System auszugleichen, bei dem Staaten an den Außengrenzen stärker belastet werden, soll ein Solidaritätsmechanismus in Kraft treten. Mitgliedstaaten können Asylbewerber übernehmen, finanzielle Beiträge leisten oder operative Unterstützung bieten.

Europa soll dadurch verbindliche Regeln mit Humanität und Ordnung bekommen. Deutschland wird entlastet.

Seite 19/1: Erstaufnahmeeinrichtungen

Asylbewerber werden in Deutschland zuerst in der Erstaufnahme der Bundesländer untergebracht. Von dort aus werden die Menschen auf die Städte und Gemeinden verteilt, die die Versorgung übernehmen.

Neueste Zahlen zeigen, dass die Auslastung der Unterkünfte deutlich zurückgegangen ist und tausende Plätze frei sind. Ursache ist die stärkere Überwachung der Grenzen und die gestiegene Rückführung von Flüchtlingen, die kein Aufenthaltsrecht erworben haben oder straffällig geworden sind.

Anmerkung: Das Schengen-Abkommen garantiert Reisefreiheit innerhalb Europas. Befristete Grenzkontrollen sind erlaubt.

Seit September 2024 wurden nun Kontrollen an Verkehrsstraßen, in Zügen und an Flughäfen angeordnet, um unerlaubte Einreisen einzudämmen. Protest gibt es bei Pendlern zwischen Deutschland und Frankreich, Luxemburg und Polen, die beruflich die Grenze passieren müssen.

Deutschland verzeichnet die meisten Asylbewerber vor Spanien und Frankreich.

Seite 21: Die Initiative “Wir zusammen“ der deutschen Wirtschaft

Zwischen 2016 und 2019 haben sich 230 Unternehmen der Initiative angeschlossen und über 33 000 Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert. Wegen der Standardisierung der Prozesse hat sie sich nach drei Jahren erfolgreicher Arbeit aufgelöst.

Die Bundesländer

Seite 28: Hamburg

Die Hamburger Kunst- und Ausstellungsszene ist sehr bunt und vielseitig. Dazu gehören ca. 60 Museen, darunter einige mit internationalem Renommee. Ein besonderer Anziehungspunkt für Touristen ist das Miniatur-Wunderland in der Speicherstadt mit der größten Modelleisenbahnanlage der Welt. Es ist eine der meistbesuchten Sehenswürdigkeiten in Deutschland.

Seite 39: Der Rocksänger Rio Reiser

Der Rocksänger der Anarcho-Band *Ton Steine Scherben* der Siebzigerjahre ist bereits mit 46 Jahren gestorben. Aber besonders in Berlin wird sein Andenken heute noch geehrt, obwohl der Anarchist dafür nur Hohn und Spott hätte. „Er war die Stimme einer Generation und Kultfigur des linken Widerstands“ heißt es bei einer Tourismus-Agentur. Er war schwul und romantisch; mit bürgerlichem Namen Ralph Möbius hatte er sich nach Anton Reiser aus dem Roman des Goethe-Zeitgenossen Karl Philipp Moritz genannt, der Kunst als Befreiung erlebte. Er wurde Vorbild für große Punkbands wie *Einstürzende Neubauten*. „Nur auf Rio bin ich neidisch, weil er frei ist“ singt ein heutiger Berliner Rapper-Musiker.

Radikal und autonom waren die Parolen und Gesänge der Musiker der „Scherben“: Ihr „Rauchhaus-Song“ begleitete die Hausbesetzungen; ein weiterer Scherben-Song forderte zum kollektiven Ungehorsam auf. „Macht kaputt, was euch kaputt macht“ wurde zum Hit. Staatliche Subventionierung und Künstlerförderung waren undenkbar, Agitprop war angesagt.

Soziales

Seite 68: 19. Shell Jugendstudie 2024

Eine neue Shell Jugendstudie ist erschienen.

Anmerkung: Wie tickt die Jugend in Deutschland? Seit 1953 geht die Shell Jugendstudie dieser Frage nach. Befragt wurden 2500 Jugendliche zwischen 12 und 25 Jahren. Sie gaben Auskunft über vielfältige Krisen und politische und soziale Bedingungen der Zeit.

Die heutige Generation ist grundsätzlich optimistisch, macht sich aber gleichzeitig große Sorgen. Die Mehrheit sieht gute Aussichten, ihre Lebensziele zu erreichen, und vertraut auf ihre Chancen am Arbeitsmarkt. Die Zustimmung zur Demokratie ist groß, etwas geringer ist sie in den östlichen Bundesländern. Staatliche Institutionen wie Polizei, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr werden positiv bewertet.

Belastet werden die Jungen vor allem durch Angst vor einem Krieg in Europa. Sorgen macht ihnen die wirtschaftliche Lage, steigende Armut, wachsende Feindseligkeit zwischen den Menschen, Klimawandel, Ausländerfeindlichkeit.

Junge Menschen haben großes Interesse an Politik. Leider zeigen sich aber auch ca. 18% empfänglich für populistische Positionen.

Besorgt fragen sich viele Bürger, warum viele junge Menschen vor allem in östlichen Bundesländern eine rechtsextreme Partei, die AfD (= Alternative für Deutschland) wählen. Festgestellt wurde, dass die AfD besonders geschickt ist, junge Wähler in den sozialen Medien wie Tiktok anzusprechen und mit einfachen Antworten zu punkten. Migration, weniger der Klimawandel ist im Osten ein zentrales Thema.

Seite 75: Das Rentensystem

Das Rentensystem ist so aufgebaut, dass die Jüngeren mit ihren Rentenbeiträgen die Rente der Älteren finanzieren. Aber dieses System läuft aus dem Ruder. Als es beschlossen wurde, finanzierten 6 Arbeitnehmer einen Rentner. Heute ist das Verhältnis 2 zu 1. Der Staat springt ein mit Steuergeldern.

Und die Sorge wächst, dass die Jüngeren die Verlierer sein werden. Es werden deshalb Lösungen gesucht, um die kommenden Generationen nicht zu belasten. Es gibt mehrere Ansätze, die aber gewollt sein müssen.

Seite 82/3: Die Tafeln

Es gibt im Jahr 2024 975 Tafeln bundesweit mit 60 000 ehrenamtlichen Helfern. 1,6 Millionen Menschen kommen zu den Tafeln und die Zahl der Bedürftigen wächst.

Es kommen Arbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, große Familien mit drei oder mehr Kindern und auch Rentner und vor allem Rentnerinnen. Es besteht die Befürchtung, dass sich Altersarmut noch verschärfen wird.

Politik und öffentliches Leben

Seite 85/4.: Das parlamentarische Regierungssystem

Um das Bundesverfassungsgericht stärker gegen den Einfluss von Extremisten und den Feinden der Demokratie zu schützen, haben die Parteien von Union, SPD, Grüne, FDP und Die Linke eine Grundgesetzänderung beschlossen. Regeln zur Unabhängigkeit von Verfassungsrichtern und Verfassungsrichterinnen wurde im Grundgesetz verankert. Änderungen sind damit nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich, nicht mehr wie bisher nur mit einer einfachen Mehrheit. Damit wird das Bundesverfassungsgericht gestärkt.

Seite 85/2.: Wahlrechtsreform

Durch Besonderheiten des deutschen Wahlsystems stieg die Zahl der Abgeordneten von bisher 598 auf 736 an. Eine Wahlrechtsreform im Jahr 2023 verkleinert den Bundestag um mehr als 100 Abgeordnete. Die Reform wurde zur Bundestagswahl im Februar 2025 zum ersten Mal wirksam.

Die Zahl der Mandate einer Partei orientiert sich an der Zweitstimme, der Stimme für eine Partei. Die Zahl der Mandate durch Erststimmen, der Stimme für einen Kandidaten, ist nun abhängig von den Ergebnissen der Zweitstimmen.

Seite 89/3.: Das Bündnis Sahra Wagenknecht

Im September 2024 gründete die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Linken eine neue Partei, das *Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit* (kurz BSW). Die Partei war 2024 im Bundestag vertreten und wurde auch in die Landtage von Sachsen, Thüringen und Brandenburg gewählt. In Brandenburg und Thüringen ist sie an der Landesregierung beteiligt. Das BSW hat allerdings zuletzt an Zustimmung verloren.

Ziele sind: Europa soll in der Außen- und Sicherheitspolitik eine eigenständige Rolle einnehmen. Keine Waffenlieferungen in die Ukraine. Allgemeine Handelsbeziehungen und keine Sanktionen gegenüber Russland. Begrenzung der Zuwanderung. Bekämpfung sozialer Ungleichheiten. Entwicklung der Infrastruktur und der Bildung. Eine klimaneutrale, naturverträgliche Wirtschaft.

Seite 91/2: Beitrittsländer

Im Südwesten Europas liegen 6 Länder, die nicht der EU angehören, aber Beitrittsländer sind. Das sind Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien, bekannt als „Westbalkan“. Stimmen in der EU dringen auf schnellere Aufnahme, trotz Instabilität und Schwierigkeiten untereinander.

Die Gruppe „Friends of Western Balkans“ mit Griechenland, Italien, Kroatien, der Slowakei, Slowenien und Tschechien drängen darauf, die Integration schrittweise vorzunehmen und den langwierigen Prozess zu beschleunigen. Eine Aufnahme dauert oft viele Jahre, weil das aufzunehmende Land reif für den Binnenmarkt sein muss und die rechtsstaatlichen Standards der EU erfüllen muss.

Seite 92: Der Schengenraum

Der Schengenraum hat seit dem 1. Januar 2025 zwei neue Mitglieder. Bulgarien und Rumänien. Das freie Reisen über die Grenzen zu Lande ist nun möglich. An Flughäfen und den Seegrenzen sind die Kontrollen schon im März 2024 weggefallen. Das kommt dem Austausch und der Wirtschaft zugute.

Anmerkung: Der Schengenraum bezeichnet eine Gemeinschaft von 29 Staaten, zwischen denen systematische Personenkontrollen im Normalfall nicht mehr stattfinden. Kontrollen können über einen begrenzten Zeitraum angeordnet werden, z.B. in Bedrohungslagen. Deutschland hat Kontrollen eingeführt, um illegale Einwanderung abzubremsen.

Der Schengenraum hat erhebliche wirtschaftliche Vorteile für Bürger und Unternehmen. Er ist das Fundament der EU und des Binnenmarkts.

Schengen ist ein kleines Dorf in Luxemburg an der Grenze zu Deutschland und Frankreich. Dort wurde 1985 das Schengener Übereinkommen aus der Taufe gehoben.

Mitglieder des Schengenraums (Datum des Beitritts):

Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien (1995)

Italien (1997)

Österreich (1997 und 1998)

Griechenland (1997)

Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden (2001)

Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn (2007)

Schweiz (2008 und 2009)

Liechtenstein (2011)

Kroatien (2023)

Bulgarien, Rumänien (2025)

Ausgeschlossen vom Schengenraum sind die außereuropäischen Hoheitsgebiete von Frankreich, den Niederlanden und Spanien (Ceuta und Melilla).

Seite 93: Europawahl 2024

Im Juni 2024 fand die Wahl zum europäischen Parlament statt. Die Bürgerinnen und Bürger aus 27 Mitgliedstaaten wählten 720 Abgeordnete ins Parlament. Es gibt 208 nationale Parteien, die sich in acht Fraktionen zusammenfinden.

Aus Deutschland sind 15 Parteien vertreten. Stärkste Partei ist wieder die CDU.

Zugewonnen hat die AfD (Alternative für Deutschland) und neu ist die Partei BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht).

Die demokratischen Parteien haben leichte Verluste erlitten, bilden aber eine stabile Mitte. Parteien am rechten Rand haben zugenommen. Diese Zugewinne kommen vor allem aus Deutschland, Frankreich und Italien.

Seite 97: Macht und Medien - Tiktok

Tiktok gilt als neue Taktik im Kampf um neue Zielgruppen. Seitdem deutlich geworden ist, dass Jugendliche sich vor allem über Tiktok informieren und rechte Strömungen hier Erfolge

feiern, interessieren sich auch Vertreter etablierter Parteien für diese Plattform. Nach anfänglicher Skepsis erklären dort bekannte Politiker und Bundestagsabgeordnete ihre Themen und geben Einblick in ihren Alltag. Allerdings dürfte ihr Auftritt auch oft belächelt werden. Ob sie damit Jugendliche erreichen, die auf Tiktok zu Hause sind und erschreckend oft AfD, d.h. rechtsextrem, wählen, ist allerdings fraglich.

Kulturelles

Seite 116/5: Reiner Kunze

Reiner und Elisabeth Kunze zogen 1977 nach Obernzell-Erlau bei Passau. Ein Jahr zuvor war das DDR-kritische Buch „Die wunderbaren Jahre“ im Westen erschienen, was zu Schikanen und dem Ausschluss aus dem Schriftstellerverband führte. Das Schriftstellerehepaar verließ daraufhin die DDR. 2006 gründeten sie eine Stiftung mit dem Zweck, eine Stätte der Zeitzeugenschaft zu schaffen, gegen Indoktrination und für die Kraft des Widerstands aus der Kunst.

Die Tschechin Elisabeth Littnerova hatte ihrem Mann die tschechische Sprache nähergebracht und Reiner Kunze hat wichtige tschechische Autoren kongenial übersetzt. Anfang 2024 ist Elisabeth Kunze gestorben. Die Stiftung wird das Haus nach dem Tod ihrer Eigentümer zu einem Ausstellungshaus machen und das umfangreiche Material des Kunze-Archivs erschließen.

Seite 128/11: Berühmte Dirigenten

Der aus Liverpool gebürtige Simon Rattle ist seit eineinhalb Jahren Chefdirigent des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks. Sein riesiges Repertoire umfasst Musik vom Barock bis zur Moderne, ist offen für Pop, Jazz und Folklore. Sein besonderer Schwerpunkt liegt aber bei Gustav Mahler. Das Publikum ist begeistert von seinen umfassend vielschichtigen Interpretationen.

Progressiv in die Zukunft gerichtet experimentiert er und spricht mit seinen Education-Projekten auch andere, klassikferne Menschen an. In dem Film „Rythm is it“ brachte er mit den Berliner Philharmonikern und Kindern und Jugendlichen aus Brennpunkt-Schulen ein Ballett auf die Bühne. Anfang 2025 erhielt er den renommierten internationalen Siemens-Musikpreis für sein Engagement.

Seite 129: Kino und Netflix

Streamingdienste wie Netflix sind zu Konkurrenten des Kinos geworden. Seit der Pandemie ist die Zahl der Kinogänger zurückgegangen und die Kinos versuchen neue Wege zu gehen. In den Niederlanden und Österreich werden bereits Monatsabos angeboten, die im Netz Standard sind, und in Deutschland wird Ähnliches versucht, um mehr Menschen in die „Lieblingskino“ zu locken. Dass die Verleiher und die Kinos zum Anfang weniger pro

Besucher verdienen, nehmen sie in Kauf, da sie an die Idee glauben und langfristig auf Gewinne hoffen.

Und doch – oft ist das Kino schon totgesagt worden und immer wieder hat es sich doch als ziemlich resilient erwiesen. Es ist nämlich ein Unterschied, ob man zu Hause auf der Couch sitzt oder im Kino, das dem Zuschauer ein besonderes Erlebnis vermittelt.

Seite 134: Der Film „Konklave“ (2024)

Film des deutschen Filmemachers Edward Berger nach einem Roman des britischen Autors Robert Harris, der international erfolgreich in die Kinos kam (Originaltitel: Conclave).

Nach dem Tod des Papstes versammeln sich die Kardinäle in der Sixtinischen Kapelle, um in mehreren Wahlgängen ein neues Oberhaupt für die katholische Kirche zu wählen. Es wird um Macht und Geld gerungen, liberale und erzkonservative Kardinäle stoßen aufeinander während Terroristen draußen die Menschen in Atem halten. Weißer Rauch steigt auf, als schließlich ein aus Mexiko stammender Kardinal aus Kabul zum Pontifex gewählt wird, der eigentlich eine Frau ist.

Gelobt wurden Schauspieler, Kameraführung und Filmmusik. Der wie ein Thriller wirkende Film gibt Einblick in die Widersprüche der katholischen Kirche, in der auch die Vertuschung von sexuellem Missbrauch ein großes Thema ist.

Aus der Wirtschaft

Seite 138: Bürgergeld

Das Bürgergeld hat Hartz IV, das Arbeitslosengeld II = Sozialhilfe, seit 2023 langsam abgelöst. Sanktionen gegen Arbeitslose wurden zurückgefahren und Förderung und Bildung für eine spätere Arbeit aufgebaut. Grundsatz „Ausbildung statt Aushilfsjob“. Das Bürgergeld wurde in der Folge angehoben und weiter ausgebaut.

Das führt auch zu Unmut und Unzufriedenheit. Die Bezieher begrüßen die Unterstützung, aber viele Arbeitnehmer in Niedriglohnbereichen empfinden das Bürgergeld als ungerecht. Der Abstand zwischen Bürgergeld und niedrigen Löhnen sei zu gering.

Eine Reform steht bevor.

Seite 139: Homeoffice

Nach der Pandemie hat man sich oft geeinigt: auf ein paar Tage im Homeoffice und ein paar Tage im Betrieb. In letzter Zeit geht der Trend zurück zu mehr Anwesenheit in der Firma; oft drängen die Chefinnen und Chefs.

Aber es gibt auch Firmen, die total remote arbeiten. Dazu braucht es aber Vertrauen und Möglichkeiten, eine Firmenidentität als Organisation auch online aufzubauen. Rein remote wollen allerdings immer weniger Menschen arbeiten.

Seite 140: Minijobs und Midijobs

Neben den Minijobs gibt es die Midijobs.

Minijobber dürfen bis 556 Euro im Monat verdienen. Auf diesen Verdienst fallen dann keine Abgaben zur Sozialversicherung an.

Midijobber können bis 2000 Euro im Monat verdienen. Sie zahlen einen reduzierten Beitrag zur Sozialversicherung.

Seite 142: Start-ups

Obwohl es der deutschen Wirtschaft wegen hoher Energiepreise und Fachkräftemangel nicht so besonders gut geht, ist die Zahl der Start-ups deutlich gestiegen. Dass auch Insolvenzen nicht selten sind, hat viele Gründerinnen und Gründer nicht abschrecken können. Die Zahl der Gründungen stieg um elf Prozent laut Report des Deutschen Start-up-Verbands. Die Gründungen geschehen vor allem im Bereich IT - darunter KI-Start-ups, Gaming und Bildung. Zentren sind München und Berlin, wobei die Nähe zu Forschungseinrichtungen und Hochschulen besonders förderlich ist.

Bemerkenswerte Start-Ups sind: die Cybersecurity-Firma Defenderbox, das KI-Start-up 99 Bots oder der Neobroker Scalable Capital. Für Aufsehen sorgt auch der Konkurrent Neobroke Trade Republic in Berlin, der inzwischen über 8 Millionen Kunden verfügt und eine richtige Neobank werden möchte.

148: Umweltsorgen - Klimaanpassungsgesetz

Der Klimawandel ist da und verschiedene Klimaveränderungen sind nicht mehr rückgängig zu machen. In der Nähe von Bächen und Flüssen führt Starkregen zu katastrophalen Überschwemmungen. An der Küste steigt der Meeresspiegel und in großen Städten drohen Hitzezonen. Viele Kommunen ergreifen Maßnahmen und gehen bereits voran (mehr Grün, weniger Bodenversiegelung, Ausweichbecken bei Hochwasser).

Das Klimaanpassungsgesetz ist am 1. Juli 2024 in Kraft getreten. Es schafft die strategischen Grundlagen für Bund, Länder und Kommunen, sich besser auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten und eine flächendeckende Vorsorge zu treffen. Das Gesetz berücksichtigt die Gegebenheiten der einzelnen Regionen und legt den Schwerpunkt auf eine passgenaue Klimaanpassung vor Ort. Die Anpassung versteht sich als staatliche Aufgabe im Bundesrecht.

Seite 150: Energiewende

Der Anteil erneuerbarer Energien war 2024 mit 59% deutlich höher als 2023 (56%). 60% seines Stroms hat Deutschland mit Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse erzeugt (Bundesnetzagentur).

Der Solarstrom hatte einen großen Zuwachs. Am meisten trugen Windränder an Land und auf hoher See dazu bei. Die Solarleistung wurde auch von den Anlagen auf Gebäuden und Dächern sowie auf größeren Flächen erzeugt. Hinzu kamen die beliebten Balkonkraftwerke, die unkompliziert an Balkonen angebracht werden können. 435 000 Anlagen wurden registriert. Die Verstromung durch Stein- und Braunkohle, auch Gas, ist zurückgegangen. Die Energiewende lässt sich nicht mehr anhalten, nur möglicherweise verzögern. Dringend notwendig sind weitere Anstrengungen, denn weltweit hat der Temperaturanstieg bereits 1,5 Grad erreicht.

Die Fortschritte sind gute Nachrichten, aber sie reichen noch lange nicht aus. Der Bedarf an Strom wächst weiter, verursacht u.a. durch die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz. Der Ausbau der Netze wird deshalb vorangetrieben, damit Strom nach Bedarf verteilt werden kann. Heute kann es passieren, dass Anlagen wegen Überkapazitäten abgeschaltet werden müssen, während der Strom an anderer Stelle fehlt. Dezentrale Speicher sollen in Zukunft den Markt entlasten.

In der Entwicklung sind Erdbeckenwärmespeicher, die regional eine sichere Versorgung gewährleisten sollen. Eine erste Anlage wird in Schleswig-Holstein nach dänischem Vorbild gebaut.

Europa ist ein integrierter Energiemarkt, in dem Strom grenzüberschreitend ex- und importiert wird, Atomstrom inbegriffen, entsprechend dem Bedarf und den Preisen.

Anmerkung: Energiewende ist der deutschsprachige Begriff für den Übergang von einer Nutzung fossiler Energieträger und der Kernenergie zu der Energieversorgung mit erneuerbaren Energien. Das ist der Übergang von nichtnachhaltiger zu nachhaltiger Energieversorgung.

Seite 150: Atomausstieg

Nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima 2011 wurde der Atomausstieg in Deutschland für Ende 2022 beschlossen und im April 2023 gingen die letzten Meiler schließlich vom Netz.

Im DeutschlandTrend für das *ARD Morgenmagazin* hat sich 2023 die Mehrheit der Befragten gegen den Atomausstieg ausgesprochen, nur die Jungen waren eher dafür. Die Diskussion reißt bis heute nicht ab, ob der Ausstieg ein Fehler oder richtig war.

Tatsache ist, dass sich die Unternehmen bereits umorientiert haben und gegen einen sehr kostenintensiven Weiterbetrieb plädieren. Meiler wieder in Betrieb zu nehmen, würde Jahre und viel Geld kosten. Strom aus regenerativen Anlagen ist inzwischen billiger als von konventionellen Kraftwerken. Ein Atomendlager wurde außerdem bisher nicht gefunden.

2023 war der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung nur noch 1,4%, im Jahr 2004 waren es noch 32,1 % (Statista).

Anmerkung: 32 Länder betreiben weltweit 417 Kernreaktoren (Stand Januar 2025). In Europa betrieben 2022 13 Mitgliedstaaten Kernkraftwerke. Frankreich ist das Land mit den meisten betriebsfertigen Reaktoren. 2024 planten China, Russland und Indien sowie acht weitere Länder den Bau von neuen Atomreaktoren.

Durch Russlands Invasion in die Ukraine 2022 sind die Gas- und Strompreise in Europa stark angestiegen. Die reduzierten russischen Gaspreise wurden durch teurere Quellen, u.a. LNG Flüssigerdgas, ersetzt. Um Maßnahmen gegen den Preisanstieg wird gerungen.

Seite 150: Offshore-Windparks

Der Anteil der Offshore-Windenergie in Ost- und Nordsee liegt bei über 6%. Beunruhigend ist, dass innerhalb kurzer Zeit in der Ostsee Schäden an Kommunikationskabeln festgestellt wurden. Man geht von Sabotage aus. Windparkbetreiber fordern deshalb, die Anlagen vor Spionage und Sabotage zu schützen. Sie sind bereit, Daten zu teilen; für den Schutz der Anlagen sind sie aber nicht ausgerüstet und zuständig. Es geht grundsätzlich um den Schutz der Infrastruktur. Die Anrainerstaaten der Ostsee arbeiten intensiv an Lösungen.

Seite 150: Windräder

Die Windenergie findet allgemein große Zustimmung. 2% der Fläche in Deutschland ist für Windräder zugelassen.

Kritik gibt es in Gemeinden, wenn Windräder in der Nähe von Wohngebieten gebaut werden, obwohl es für die Anwohner vorteilhaft ist, Anteile am Windpark erwerben.

Forscher haben in vielen Studien nachgewiesen, dass einige Befürchtungen nicht ganz der Realität entsprechen. Mancher hört Töne, die spürbar vibrieren lassen. Richtig ist, dass die heutigen neuen Anlagen keinen Beweis für derartige Vibrationen liefern.

Die Schatten der Rotorblätter sollen schlecht für die Gesundheit sein, wird bemerkt. Richtig ist, dass es hierfür keine Beweise gibt.

Menschen befürchten einen Blackout, da Windräder nur Strom liefern, wenn der Wind weht. Richtig ist, dass genügend Reservekraftwerke und Energiespeicher die Schwankungen ausgleichen. Ein Blackout ist nicht möglich.

Türschützer monieren, dass Vögel und Fledermäuse von den Rotoren erschlagen werden. Das ist tatsächlich ein Nachteil und man versucht, Lösungen zu finden.

Ein Nachteil ist auch, dass sich viele Materialien der Rotoren nicht recyceln lassen, wenn Windräder das Ende ihrer Lebensdauer erreicht haben.

Ob Windräder die Landschaft verunstalten, ist reine Geschmackssache. Man erinnert sich, dass die ersten Windräder von Fotografen wirkungsvoll in Szene gesetzt wurden.

Seite 160: Demokratie in Gefahr?

Die Zahl der autokratisch regierten Länder wächst, die liberalen Demokratien geraten in Erklärungsnot.

Positiv war die Stimmung, als um die Jahrtausendwende der Euro eingeführt wurde und die Einigung Europas begeisterte Zustimmung fand. Dann häuften sich die Krisen: Klimawandel, Ukraine-Krieg, Migrationskrise und zuletzt eine schleppende Wirtschaft. Für einige war das ein Grund zu fragen, ob das System geliefert hat, ob die Demokratie dem gewachsen ist. Mancher wendet sich ab.

Andererseits besinnt sich die Politik auf die Stärken Europas und fordert Zusammenhalt und Einigkeit, um Gefahren abzuwehren. Viel gilt es zu bewahren: Rechtsstaatlichkeit, freie Meinungsäußerung, Gewaltenteilung, insgesamt gemeinsame Regeln und den gemeinsamen Markt. Während Populisten in manchen Ländern, auch in Europa, versuchen, Meinungsfreiheit und Rechte auszuhöhlen, den Staat umzubauen, von illiberaler Demokratie

sprechen und eine Agenda gegen Migranten, für die Nation und gegen die EU bedienen, ist man sich in Brüssel einig. In der Europäischen Union sind die Nationen der Gemeinschaft untergeordnet. Zusammengehalten wird sie durch ihre Werte und durch liberaldemokratische Prinzipien.